

GASTBEITRAG



Vatikanischer Machtmissbrauch

Von Andreas Batlogg SJ*

Der Vatikan straft einen Jesuitenpater ab, der Homosexuelle segnet. Seine Abmahnung schadet der Kirche.

Und daraus wird jetzt eine Staatsaktion! Mit verheerender Wirkung nach außen wie nach innen! Johannes Siebner, der Provinzial der deutschen Jesuiten, nahm kein Blatt vor den Mund. Den Orden wie den Ortsbischof zu übergehen und diese Wiederwahl zu blockieren, sei „wohl der Stil eines byzantinischen Hofstaats“. Wucherpfennig genieße sein volles Vertrauen. „Seine Amtsführung der letzten vier Jahre, seine Theologie, seine völlig unstreitige Kirchlichkeit und seine per-

sönliche Integrität“, so Siebner, „lassen nicht den geringsten Zweifel an seiner Eignung zu.“ Auch der Limburger Bischof Georg Bätzing steht zu Wucherpfennig. Er hat die Wahl als zuständiger Bischof, ebenso wie der Provinzial, bestätigt. Beide wurden übergangen. Ein krasser Verstoß. Und ein denkbar schlechtes Signal in Zeiten, da überall das Subsidiaritätsprinzip bemüht wird, wie eine Frankfurter Pfarrerininitiative festhält, die sich ebenfalls hinter Wucherpfennig stellt.

Aus theologischer Sicht kann man fragen: Was bedeutet es, wenn ein Ortsbischof und ein Provinzial hinter einer Wahl stehen, diese bestätigen – und eine vatikanische Behörde kommt zum gegenteiligen Schluss? Dass Papst Franziskus davon weiß, kann man ausschließen. Kardinal Marx ist zurzeit bei der Jugend synode in Rom. Er kann – und soll! – als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz dem Papst reinen Wein einschenken. Was auch fällig ist: Wie geht es eigentlich dem Betroffenen selber? Eine Entschuldigung aus Rom ist fällig: bei Wucherpfennig wie auch bei gleichgeschlechtlich Liebenden. Sie wollen nicht bemitleidet, sondern anerkannt werden. Das tut Wucherpfennig. Warum tun sich manche im Vatikan (und hierzulande) damit so schwer?

Am Rande der Familiensynode 2014 meinte Franziskus: „Verbeißen wir uns nicht in eine geradezu paranoide Verteidigung unserer Wahrheit“. Die um die „Rein-

heit der Lehre“ Besorgten, die sich päpstlicher als der Papst geben, verlieren die Menschen aus dem Blick. „Kalte Schreibtischmoral“ nennt das der Papst in „Amoris laetitia“, seinem Schreiben von 2016. Er warnt darin auch davor, „moralische Gesetze anzuwenden, als seien es Felsblöcke, die man auf das Leben von Menschen wirft. Das ist der Fall der verschlossenen Herzen, die sich sogar hinter der Lehre der Kirche zu verstecken pflegen, um sich auf den Stuhl des Mose zu setzen und – manchmal von oben herab und mit Oberflächlichkeit – über die schwierigen Fälle und die verletzten Familien zu richten“.

Hier wurde und wird erneut Vertrauen zerstört. Und Glaubwürdigkeit beschädigt. Massiv. Das kann sich die Kirche nicht leisten (erst recht nicht nach dem Bekanntwerden des Missbrauchsberichts!). Nicht hierzulande. Und nicht in Rom.

* Andreas Batlogg SJ, früherer Chefredakteur der Jesuitenzeitung „Stimmen der Zeit“

IN KÜRZE

Weniger Migranten als erwartet

Nach Angaben von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) sind in diesem Jahr bislang rund 100 000 Flüchtlinge und Migranten nach Deutschland gekommen. Da im November und Dezember traditionell weniger Menschen neu nach Deutschland kämen, rechne er damit, weit unter der von der CSU früher genannten Schwelle von 200 000 Flüchtlingen und Migranten pro Jahr zu bleiben, zitierten Medien den Minister unter Berufung auf Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion. Noch im Juni hatte der CSU-Chef gesagt, dass der von der Großen Koalition festgelegte „Korridor“ von 180 000 bis 220 000 Flüchtlingen 2018 „erreicht oder sogar überschritten werden“ könnte.

Schwere Panzer für Nato-Manöver

Die Bundeswehr hat 16 Kampfpanzer vom Typ Leopard 2 auf den Weg zur größten Nato-Übung seit Ende des Kalten Krieges gebracht. Die mehr als 60 Tonnen schweren Kettenfahrzeuge wurden gestern im Hafen von Emden zusammen mit Dutzenden weiteren Militärfahrzeugen auf ein Transportschiff verladen. Heute sollen sie dann in Norwegen ankommen, wo das Nato-Großmanöver

Das Datum

11.10.1987 – Der schleswig-holsteinische CDU-Politiker Uwe Barschel wird tot in der Badewanne seines Genfer Hotelzimmers aufgefunden.

11.10.1962 – Das Zweite Vatikanische Konzil mit mehr als 2000 Bischöfen wird von Papst Johannes XXIII. eröffnet.

„Trident Juncture“ in Kürze startet. Zu der Übung werden rund 50 000 Soldaten erwartet. Die Bundeswehr stellt nach eigenen Angaben rund 10 000 davon.

Rebellen ziehen sich aus Idlib zurück

Der Rückzug von Milizen aus der syrischen Rebellenprovinz Idlib verläuft nach Darstellung des russischen Außenministers Sergej Lawrow kurz vor Ablauf einer Frist reibungslos. „Die Abkommen werden umgesetzt“, sagte er gestern in Moskau. Russland und die Türkei hatten sich auf eine bis zu 20 Kilometer breite Pufferzone geeinigt. Sie soll bis zum 15. Oktober eingerichtet sein, um eine Großoffensive der syrischen Regierung auf das letzte große Rebellengebiet des Landes zu verhindern.

Separatisten verlieren Parlamentsmehrheit

In der spanischen Konfliktregion Katalonien hat die separatistische Regierungskoalition vorerst ihre absolute Mehrheit verloren. Aufgrund von Differenzen in der Frage der Übertragung der Stimmrechte der ins Exil gegangenen sowie der inhaftierten Abgeordneten stellen die Separatisten im Parlament von Barcelona vorerst nur noch 65 statt 70 der 135 stimmberechtigten Abgeordneten. Bei einer wichtigen Abstimmung erlitten sie daher erstmals nach langer Zeit einen Rückschlag.

Es ist ja eigentlich eine Provinzposse! Möchte man meinen: Ansgar Wucherpfennig (53), Jesuit, Professor für Neues Testament an der ordenseigenen Hochschule Sankt Georgen (Frankfurt a. M.), hat in einem Interview den Diakon der Frau angesprochen – und theologische Überlegungen zum Thema Homosexualität angestellt. Im Oktober 2016. Wucherpfennig ist auch Rektor der Hochschule und wurde nach zwei Amtsperioden (im Februar 2018) wiedergewählt. Aber von der Bildungskongregation nicht bestätigt. Das ist schon Monate her. Jetzt wurde es öffentlich, weil er seine dritte Amtszeit als Rektor nicht antreten kann. Ein Misstrauensvotum einer vatikanischen Behörde. Auch die Glaubungskongregation ist damit befasst.

Wucherpfennig ist ein anerkannter, hoch geschätzter akademischer Lehrer mit tadelloser wissenschaftlicher Reputation. Er ist aber kein Stubengelehrter. Er macht auch Seelsorge. Im Bistum Limburg ist er für die Seelsor-

ge mit lesbischen und schwulen Menschen zuständig. Das gefällt – einigen – nicht. Bei Wucherpfennig nachgefragt, mit ihm Kontakt aufgenommen hat der Vatikan nie. Die Denunziation kommt wohl aus Deutschland. Denn in Rom wird man wohl nicht die Frankfurter Neue Presse lesen, wo das Interview erschienen ist. Darauf angesprochen, dass er homosexuelle Paare gesegnet habe, die Kirche aber oft eine ablehnende Haltung gegenüber Homosexuellen einnehme, meinte Wucherpfennig damals: „Mein Eindruck ist, dass das tiefsitzende, zum Teil missverständlich formulierte Stellen in der Bibel sind. Beispielsweise bei Paulus im Römerbrief. Homosexuelle Beziehungen in der Antike waren starke Abhängigkeits- und Unterwürfigkeitsverhältnisse. Liebe sollte eine egalitäre, freie Beziehung sein, keine mit Gefälle. Das wollte Paulus eigentlich sagen, so meine These.“ Auch Äußerungen über den Diakon der Frau eckten an.

Athen fordert Milliarden von Deutschland

Die deutsche Ablehnung ist eindeutig, aber für Athen ist die Forderung nach Milliardenzahlungen so etwas wie ein Pflichtprogramm bei Besuchen aus Deutschland. Das wird auch der Bundespräsident erleben.

Berlin/Athen – Unmittelbar vor dem Staatsbesuch von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Griechenland werden finanzielle Ansprüche Athens wegen deutscher Verbrechen und materieller Schäden im Zweiten Weltkrieg erneut diskutiert. Der griechische Präsident Prokopis Pavlopoulos dürfte die bekannte Forderung nach Reparationszahlungen in dreistelliger Milliardenhöhe bei seinem Treffen mit Steinmeier bekräftigen, hieß es in Athen. Dabei geht es auch um die Rückzahlung eines Zwangskredits, der mit zehn Milliarden Euro beziffert wird.

Im Zweiten Weltkrieg war Griechenland ab dem Jahr 1941 unter anderem von der Wehrmacht besetzt. Während der Besatzungszeit fielen viele Menschen Gräueltaten wie Massenerschießungen zum Opfer. Allein 60 000 bis 70 000 jüdische Griechen wur-



Neuer Besuch, alte Forderungen: die Präsidenten Pavlopoulos (li.) und Steinmeier im April 2017 in Athen.

den in jener Zeit ermordet. Der Linken-Politiker Gregor Gysi, der Steinmeier auf der Reise begleitet, äußerte Verständnis für die Forderungen nach Rückzahlung der Anleihe. „Mir liegt ein bisschen auf der Seele, dass das damals besetzte Griechen-

land vom Nazi-Regime zur Zahlung eines Zwangskredits verpflichtet wurde“, sagte der Vorsitzende der deutsch-griechischen Parlamentariergruppe im Bundestag der Funke Mediengruppe. „Meines Erachtens ist die Bundesrepublik für dieses Darlehen

immer noch haftbar“, so Gysi. Die entscheidende Frage sei die Höhe der Zinsen, sagte der Linken-Politiker weiter. „Die Bundesregierung sollte aus rechtlichen, politischen und moralischen Gründen sagen, wir zahlen das Darlehen zurück und bieten Verhand-

lungen über die Zinsen an.“ Während die Rückzahlung des von Nazi-Deutschland eingetribenen Zwangskredits bisher nicht kategorisch ausgeschlossen wurde, hat die Bundesregierung jeden Anspruch auf Reparationszahlungen für die Besat-

zungszeit zurückgewiesen. Dies ist nach deutscher Rechtsauffassung in einem Abkommen von 1960 endgültig geklärt. In Griechenland, wo im nächsten Jahr gewählt wird, ist das Thema aber unverändert brisant. Parlamentspräsident Nikos Voutsis hat bis zum Jahresende eine Aufstellung der Forderungen angekündigt.

In einer seit 2015 vorliegenden Studie des Parlaments werden etwa für Zerstörungen der Infrastruktur, Versenkung von Handelsschiffen, Verluste durch Inflation und Gold-Entwertung allein 171,4 Milliarden Euro aufgeführt. Produktionsverluste werden mit 87,75 Milliarden Euro beziffert. Zudem heißt es im Bericht, es gebe Entschädigungsforderungen für Tötungen, Folterungen und Inhaftierungen, deren Höhe zwischen 22 und 107 Milliarden Euro angegeben wird.

Triantafyllos Mitafides, der Präsident der Reparationskommission im griechischen Parlament, sagte der „Bild“, der Besuch Steinmeiers sei eine gute Gelegenheit, die Frage zwischen den beiden Präsidenten persönlich zu klären. „Für uns gibt es keine Verjährungsfrist, um die deutschen Reparationen in Anspruch zu nehmen.“

Saudische Führung unter Druck

Verschwundener Journalist: Tötungskommando aus Riad?

Washington/Istanbul – In der Affäre um den vermissten saudischen Journalisten Dschamal Chaschukdschi bringen Medienberichte die saudische Führung weiter unter Druck. Nach einem Artikel der „Washington Post“ – für die Chaschukdschi als Gastautor tätig war – wurden in Riad schon vor dem Verschwinden des regimiekritischen Journalisten Pläne geschmiedet, den 59-Jährigen gefangen zu nehmen und zu verhören – oder sogar zu töten. Das gehe aus Informationen des US-Geheimdienstes hervor, der die Kommunikation zwischen saudischen Regierungsvertretern ausge-späht habe, berichtete die US-Zeitung.

Die der türkischen Regierung nahestehende Zeitung „Sabah“ veröffentlichte Fotos und die Identitäten von 15 Saudis, die am Tag von Cha-



Dschamal Chaschukdschi ist ein saudischer Journalist

schukdschis Verschwinden mit zwei Privatflugzeugen in Istanbul gelandet sein sollen. Die türkischen Ermittler gehen davon aus, dass die Gesandten Riads in dem Konsulat auf Chaschukdschi warteten. Auch türkische Medien hatten berichtet, dass ein schwarzer Van mit verdunkelten Scheiben das Konsulat zur kritischen Zeit verlassen hatte und dass die Ermittler versuchten, die Insassen zu identifizieren.

Die Verlobte des Vermissten, Hatice C., bat unterdes-

sen in einem Gastbeitrag US-Präsident Donald Trump und seine Frau Melania Trump um Hilfe.

Chaschukdschi wird vermisst, seit er vor einer Woche das saudische Konsulat in Istanbul betrat, um Papiere für seine Hochzeit abzuholen. Er kam nicht wieder heraus. Medien und Freunde des Vermissten berichteten daraufhin unter Berufung auf türkische Polizei- und Regierungskreise, dass er im Konsulat ermordet worden sei.

Saudi-Arabien weist die Vorwürfe zurück und beharrt darauf, dass Chaschukdschi erst nach dem Verlassen des Konsulats verschwunden sei. Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan hatte die saudischen Behörden aufgefordert, das zu beweisen. Die Türkei erhofft sich nun von einer Durchsuchung des Konsulats neue Erkenntnisse.

Trump sucht Haley-Nachfolger(in)

Scheidende UN-Botschafterin vor Wechsel in die Wirtschaft

Washington – Nach dem überraschenden Rücktritt von Donald Trumps UN-Botschafterin Nikki Haley (46) läuft die Suche nach einem Nachfolger. Der US-Präsident erklärte, er habe eine Liste mit fünf möglichen Kandidaten. Darauf stehe auch die frühere Bankmanagerin Dina Powell (45), eine ehemalige stellvertretende Sicherheitsberaterin im Weißen Haus.

In US-Medien wurde auch über den US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, als möglichen Nachfolger für Haley spekuliert. Er zählt aber nach den Worten Trumps nicht zur engeren Auswahl.

Haley hatte verkündet, dass sie ihren einflussreichen Posten zum Jahresende aufgeben wird. Bei einem gemeinsamen Auftritt mit Trump im Weißen Haus machte sie deutlich, dass ihre



Nikki Haley

tritt als UN-Botschafterin zurück

Entscheidung nicht auf ein Zerwürfnis mit dem Präsidenten zurückgehe. Anders als viele andere ehemalige Mitglieder der Regierung wurde Haley nicht von Trump entlassen, sondern ging aus freiem Willen und auf dem Höhepunkt ihres Ansehens unter Trumps Republikanern. Die ehemalige Gouverneurin des US-Bundesstaates South Carolina war Trumps Speerspitze bei den Vereinten Nationen.

Haley vertrat seine harte Linie gegen den Iran und ver-

teidigte auch international scharf kritisierte Maßnahmen wie die Kürzung von Hilfsgeldern für palästinensische Flüchtlinge und Vertreibene. Dennoch hatte sie sich den Ruf einer oft pragmatischen Diplomatin erarbeitet.

Über die Gründe von Halleys Rückzugs gibt es viele Spekulationen. Haley trat Vermutungen entgegen, sie habe Ambitionen, bei der Präsidentenwahl 2020 anzutreten. Ein Kommentator des Trump nahe stehenden Senders Fox News meinte, die auch bei konservativen Republikanern wohl gelittene Haley könnte sich jetzt mit einem lukrativen Job in der Privatwirtschaft finanziell den Rücken stärken. Die Zeitung „The Post and Courier“ berichtete, Haley habe mehr als eine Million Dollar Schulden. Ihr UN-Büro bezifferte die Summe auf 500 000 Dollar.